

Kritik an nicht-barrierefreier Software

Vor allem Blinde können mit einigen Anwendungen der Bremer Verwaltung nicht arbeiten

VON NINA WILLBORN

Bremen. Sie heißen „VIS“, „X-Flow“, „ERP“ oder „Puma“ – Softwareanwendungen in der Bremer Verwaltung, die nach und nach dafür sorgen, dass Papierakten und Laufmappen verschwinden. Die zunehmende Digitalisierung im öffentlichen Dienst vereinfacht für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter viele Vorgänge – einige aber, darunter Blinde und Sehbehinderte, stellt sie vor große Probleme. Laut der Gesetzeslage müssten eigentlich alle Anwendungen, die in der Verwaltung verwendet werden, auch für alle Menschen gleichermaßen ohne Einschränkungen nutzbar sein. In der Praxis ist das aber nicht immer der Fall.

Wenn Software nicht barrierefrei ist, kann das in besonders harten Fällen dazu führen, dass Menschen mit Einschränkungen schlicht nicht mehr in der Verwaltung arbeiten können. So berichtet Marco Bockholt, der die rund 1700 schwerbehinderten Beschäftigten im Öffentlichen Dienst Bremens vertritt, von einem blinden Auszubildenden, der seit Monaten freigestellt ist. An verschiede-

nen Ausbildungsstationen hatte sich herausgestellt, dass die dort verwendeten Programme auch mit Unterstützung für ihn nicht nutzbar sind. Aus Bockholts Sicht ein Unding. „Es fällt mir schwer, da ruhig zu bleiben“, sagt er. „Jeder Mensch, der benachteiligt wird, ist einer zu viel.“

Schwierigkeiten für Sehbehinderte gibt es laut Bockholt vor allem mit dem Dokumentenmanagement-System „VIS“, das zur Bearbeitung elektronischer Akten eingesetzt wird. „Mit der Programmversion, die im Moment in Bremen verwendet wird, können sie nicht richtig arbeiten“, sagt er. Daran hätten auch verschiedene Workshops mit Beteiligung der Beeinträchtigten und Mitarbeitern der Entwicklerfirma bislang nichts geändert. „Mir ist bewusst“, sagt der Gesamtschwerbehindertenvertreter, „dass es nicht einfach ist, bestehende Programme umzurüsten. Barrierefreiheit müsste schon bei ihrer Entwicklung berücksichtigt werden. Aber sie wird eben

oft nicht mitgedacht.“ Mit „Bedenken und Sorge“ sieht Bockholt deshalb auch der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) entgegen. Laut dem OZG sind Bund und Länder verpflichtet, bis Ende 2022 alle Leistungen der Verwaltung digitalisiert anzubieten.

Was sich Bockholt wünscht: Dass Bremen sich für die Anschaffung von barrierefreier

Software ähnlich strenge Regeln gibt wie die Berliner Verwaltung. „Dort existieren sogenannte K.o.-Kriterien, die schon bei der Einführung erfüllt sein müssen“, sagt er. Insgesamt haben seiner Ansicht nach aber zu wenige Bundesländer die Bedeutung des Themas Barrierefreiheit überhaupt im Bewusstsein. Finanzstaatsrat Martin Hagen (Grüne) sagt: „Wir sind das einzige Bundesland, das für das „VIS“-Programm Workshops mit dem Hersteller gemacht hat.“ Hagen räumt ein, dass die Anwendung noch nicht barrierefrei ist. „Sie ist aber besser als vorher, und wir wollen sie weiter verbessern“, sagt er. Auf der an-

deren Seite würden Hilfsprogramme wie Screen-Reader stetig besser, die einige Software-Barrieren lösen oder mildern können.

Grundsätzlich ist aus Hagens Sicht die schnelle Umsetzung kompletter Barrierefreiheit auch deshalb so schwierig, weil die Verwaltung auf die Software-Hersteller angewiesen ist. „Wir sind mit ihnen im Austausch, das geht aber alles nicht auf Zuruf.“ Zudem würde es aus seiner Sicht helfen, wenn andere Länder ebenfalls häufiger Nachbesserungen einfordern würden.

Ulrike Peter, Referentin in der Zentralstelle für barrierefreie Informationstechnik beim Landesbehindertenbeauftragten, sieht für Bremen „Luft nach oben“. Aus ihrer Sicht ist eines der Probleme, dass teilweise gar nicht klar ist, wo überhaupt welche Hindernisse bestehen. „Das ist gar kein böser Wille“, sagt sie. Lokale Schwerbehindertenvertretungen seien oft fachfremd. Zudem sei es sinnvoll, neue Software in Pilotphasen auf ihre Eignung in der Praxis zu überprüfen – so, wie es aktuell in Bremen mit einer Anwendung für den Kita-Bereich geschieht. „Es wäre schön, wenn das der Standard wäre“, sagt Peter.



Marco Bockholt

FOTO: KUHAUPT